

Die Ukraine und das Abkommen mit der EU: Wirtschaft, Energie und Demokratie

INTERNATIONALE EXPERTEN AUS DER UKRAINE, DER EUROPÄISCHEN UNION UND DEN VEREINIGTEN STAATEN DISKUTIERTEN IM RAHMEN DES EUROATLANTISCHEN FORUMS IN KIEW DIE EUROPÄISCHE PERSPEKTIVE DER UKRAINE.

Rund vier Wochen nach dem EU-Ukraine-Gipfel vom 19. Dezember 2011 in Kiew, im Rahmen dessen das Assoziierungsabkommen wie bereits erwartet nicht unterzeichnet wurde, organisierte die Konrad-Adenauer-Stiftung am 25. und 26. Januar 2012 das fünfte Euroatlantische Forum in Kiew. Ukrainische, europäische und amerikanische Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft nahmen an dieser hochrangigen Konferenz teil, zu der die KAS und ihre Kooperationspartner – das Institut für Euroatlantische Zusammenarbeit, die Polnisch-Ukrainische Stiftung für Zusammenarbeit PAUCI, das Center for US-Ukrainian Relations, der Zivilgesellschaftliche Beirat zu den EU-Ukraine-Beziehungen, UNITER und Pact – eingeladen hatten. Die folgenden Auszüge aus den Redebeiträgen der Referenten geben einen Überblick über die wichtigsten Thesen ihrer Vorträge.

HOCHRANGIGE EXPERTENRUNDE

Nico Lange, Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Ukraine:

„Das Euroatlantische Forum ist ein Veranstaltungsformat, das die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit ihren Partnerinstitutionen aus der Ukraine und aus den Vereinigten Staaten schon seit vielen Jahren organisiert. Aufgrund der Tatsache, dass wir diese Konferenz nicht – wie ur-

sprünglich gedacht – vor dem EU-Ukraine-Gipfel abhalten, sondern heute im Januar 2012 bereits wissen, dass es am 19. Dezember des vergangenen Jahres nicht zur Paraphierung des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Ukraine kam, befinden wir uns nun in einer spezifischen Situation. Einerseits wissen wir, dass der Text des Abkommens fertig ist und dass sowohl die Ukraine als auch die Europäische Union ein Interesse am Abschluss dieses Vertrags haben.

Andererseits haben wir im Dezember hier in Kiew insbesondere von Herrn Van Rompuy gehört, dass die Europäische Union angesichts der aktuellen Rahmenbedingungen in der Ukraine nicht willens ist, den Prozess zum Abschluss zu bringen und das Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen.

Der Prozess, der mit dem Vertrag verbunden war, hat jedoch trotz der nicht stattgefundenen Unterzeichnung eine ganze Reihe von Ergebnissen mit sich gebracht. Ein wichtiges Ergebnis ist in diesem Zusammenhang, dass das Assoziierungsabkommen aufgehört hat, eine Art mystisches Wesen zu sein. Ganz zu Beginn des Prozesses war vielen Menschen



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UKRAINE

CHRISTINE ROSENBERGER

Januar 2012

www.kas.de/ukraine

in der Ukraine nicht klar, was der Begriff der Freihandelszone impliziert und was das Assoziierungsabkommen überhaupt beinhaltet. Jeder hat ein bisschen etwas davon verstanden, in der Regel jedoch hat jeder die Dinge genau so aufgefasst, wie man sie selbst verstehen wollte. Auf politischer Ebene konnte man mit diesem Halbwissen sehr leicht spielen und es instrumentalisieren. Inzwischen existieren diese mystischen Elemente in der Diskussion um das Abkommen glücklicherweise in sehr viel geringerem Ausmaß. Die verschiedenen Gruppen, die in diesen Prozess mit eingebunden sind – seien es die Beamte in den ukrainischen Ministerien oder auch zivilgesellschaftliche Gruppen – verstehen inzwischen sehr genau, worum es bei diesem Assoziierungsabkommen im Grunde geht: Welche Vorteile bringt das Abkommen für die Ukraine mit sich? Welche Kosten werden dadurch für das Land entstehen? Worin bestehen die Unterschiede zwischen Paraphierung, Unterzeichnung und Ratifizierung des Abkommens? Diese Entwicklung ist ebenfalls ein wichtiges Ergebnis des Prozesses, den das Assoziierungsabkommen in der Ukraine in Gang gesetzt hat.

Ein weiteres wichtiges Resultat der vergangenen Monate ist die Tatsache, dass die Europäische Union deutlich machen konnte, dass die Achtung europäischer Normen und Werte ein wesentlicher Aspekt für die EU ist, ohne deren Erfüllung sie nicht gewillt ist, ihre Beziehungen zur Ukraine auf eine qualitativ neue Ebene zu stellen. Dies trifft vor allem auf die Kernprinzipien der Europäischen Union zu, die Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Alle diejenigen, die gedacht hatten, dass die EU der Anwendung europäischer Normen in der Ukraine keine große Bedeutung beimessen würde, haben im Laufe der vergangenen Monate verstehen müssen, dass diese Annahme ein Irrtum war. Es kam somit zu einer Neubewertung der eigenen Position in der Ukraine. Zuvor hatte man oft den Eindruck, dass die Ukraine ihre eigene Bedeutung für die Europäische Union überschätzt hatte. Die verbreitete Meinung, dass die EU mit der Ukraine zwar über Werte sprechen, sie am Ende das Abkommen je-

doch unabhängig von der politischen Situation im Lande unterzeichnen würde, da die Ukraine für die EU ein zu wichtiger Partner sei um sie zu verlieren, wurde durch die Nichtunterzeichnung des Vertrags im Dezember nun entkräftet. Ich bin davon überzeugt, dass die aktuelle Position der Europäischen Union gegenüber der Ukraine völlig richtig ist. Die Achtung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ist eine elementare Voraussetzung für jedes Land ist, welches einen europäischen Integrationsprozess verfolgen möchte.“

Pawlo Klimkin, Stellvertretender Außenminister der Ukraine:

„Eine wichtige Frage, die sich mit Blick auf das Assoziierungsabkommen stellt, ist die nach seiner strategischen Bedeutung für die Ukraine. Zunächst einmal muss man feststellen, dass dies ein Abkommen über alles ist. Es ist ein Abkommen, das wirklich alle Bereiche der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine umfasst. Außerdem handelt es sich hierbei um einen Vertrag, der seinen ganz eigenen Rahmen für Reformen in der Ukraine liefert. Wenn Sie sich mit dem Text des Abkommens befassen, werden Sie nicht einen einzigen Bereich finden, der nicht in diesem Abkommen behandelt ist.“



Als ich vor rund 20 Jahren begann, mich mit den Beziehungen der Ukraine zur Europäischen Union zu befassen, führte ich mir damals zunächst einmal den Text des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zu Gemüte. Dieser Text umfasst circa 40 bis 50 Seiten und ich las ihn innerhalb von rund zweieinhalb Stunden. Danach verstand ich, welches die Rahmenbedingungen der Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UKRAINE

CHRISTINE ROSENBERGER

Januar 2012

www.kas.de/ukraine

sind. Der aktuelle 2000 Seiten umfassende Vertrag zeugt davon, dass wir uns in unseren Beziehungen zur EU nun auf einer qualitativ völlig neuen Ebene befinden.

Wir reden häufig darüber, dass die künftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine gekennzeichnet sein werden durch politische Assoziierung und wirtschaftliche Integration, aber manchmal müssen wir daran erinnern, was dies eigentlich bedeutet. Wir vergessen häufig die realen Resultate und Errungenschaften des Prozesses. Mit Blick auf die wirtschaftliche Integration bedeutet dies zum Beispiel, dass die Ukraine Zugang zum gemeinsamen Markt der EU-Länder haben wird. In keinem der zahlreichen Abkommen, die die EU mit anderen Ländern der Welt abgeschlossen hat, ist solch eine umfassende Bestimmung niedergeschrieben. Für die ukrainische Wirtschaft wird dies große Chancen eröffnen, denn die Stimuli für innere wirtschaftliche Reformierung werden durch den Vertrag gestärkt. Somit bietet das Abkommen der Ukraine die einzigartige Möglichkeit, einen Zugang zum europäischen Markt zu bekommen, welcher äußerst dynamisch ist und rund 450 Millionen Konsumenten umfasst. Der Zugang zum EU-Markt bietet einen einzigartigen Anreiz und eine einzigartige Möglichkeit für die weitere Entwicklung der ukrainischen Wirtschaft. Das Assoziierungsabkommen mit der EU liefert somit einen hervorragenden Rahmen für Reformen in den verschiedenen Bereichen, die es abdeckt.“

Friedbert Pflüger, Direktor des European Centre for Energy and Resource Security am King's College London:

„Das Assoziierungsabkommen liegt nun also auf dem Tisch und ich bin froh, dass alle Beteiligten sich der enormen Bedeutung des Vertrags für die Zukunft der Ukraine bewusst sind. Allerdings muss ich gestehen, dass ich mit Blick auf den aktuellen Verhandlungsstatus skeptisch bin. Das Abkommen sollte während des letzten EU-Ukraine-Gipfels am 19. Dezember 2011 unterschrieben werden. Aufgrund der politischen Umstände in der Ukraine war es je-

doch nicht möglich den Vertragstext zu unterzeichnen. Die EU hat klar und deutlich gesagt, dass es der Ukraine an politischen Reformen mangelt, an Reformen im Justizwesen sowie auch in anderen Bereichen. Sie hat ebenso gesagt, dass die Verhaftung und Verurteilung der ehemaligen Premierministerin Julija Tymoschenko, die sich in der Opposition zur derzeitigen Regierung befindet, nicht akzeptabel ist und dass sie nicht bereit ist, das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine zu

unterzeichnen, bevor es nicht zu substantiellen Änderungen in der aktuellen politischen Situation gekommen ist. Auch das Europäische Parlament hat konstatiert, dass es sehr beunruhigt ist über den Mangel an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

in der Ukraine und die Einschränkungen in der Presse- und Meinungsfreiheit. Leider hat sich seither an der politischen Lage in der Ukraine nichts geändert. Der Prozess gegen Frau Tymoschenko kann als Symbol für die innere Entwicklung der Ukraine gesehen werden. Meiner Meinung nach gibt es vonseiten der EU nicht das kleinste Anzeichen dafür, dass sich ihre Position in absehbarer Zeit ändern wird: Ohne weitreichende Veränderungen wird es keine Unterschrift geben. Im Grunde genommen gibt es für die EU auch keine andere Möglichkeit als so zu reagieren, denn sie ist eine Gemeinschaft von Ländern, die sich dazu verpflichtet haben, bestimmte Normen und Werte zu garantieren und Grundrechte einzuhalten.

Das Abkommen ist im Prinzip in greifbarer Nähe. Der Vertragstext würde für die Ukraine wichtige Chancen bieten, für die wirtschaftliche Entwicklung ebenso wie für die Entwicklung der Zivilgesellschaft. Die Ukraine steht nun an einer Kreuzung und sie muss ihre Entscheidung treffen bezüglich des Weges, den sie einschlagen möchte. Es geht hierbei nicht darum, sich für die Europäische Union und damit gleichzeitig gegen



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UKRAINE

CHRISTINE ROSENBERGER

Januar 2012

www.kas.de/ukraine

Russland zu entscheiden. Im Gegenteil wird sich die Ukraine durch eine engere Anbindung an die EU in den Verhandlungen mit Russland größeres Gewicht verschaffen können und dadurch eine Partnerschaft zu Russland unterhalten können, in der beide Länder ihre Beziehungen auf Augenhöhe gestalten.“

F. Stephen Larrabee, RAND, Honorarprofessor für Europäische Sicherheitspolitik:

„In der aktuellen Situation ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Ukraine in naher



Zukunft ein vollwertiges Mitglied der Europäischen Union wird, sehr gering. Dies liegt zum einen darin begründet, dass die EU mit einer Erweiterungsmüdigkeit zu kämpfen hat. Mit den großen Erweiterungswellen der EU in den Jahren 2004 und später 2007 ist ein vorläufiges Ende der neuen EU-Beitritte erreicht. Mit Kroatien wird bald der vorerst letzte

neue Mitgliedsstaat der EU beitreten. Ein zweiter Grund für die geringe Wahrscheinlichkeit eines baldigen Beitritts der Ukraine zur EU besteht darin, dass die Europäische Union sich aktuell in einer schwierigen Krisensituation befindet und daher vorwiegend mit sich selbst beschäftigt ist – ich denke dabei vor allem an die Schuldenkrisen innerhalb mehrerer europäischer Staaten.

Die Aussicht auf eine Freihandelszone mit der EU bringt für die Ukraine deutlich mehr Perspektiven mit sich, als Herr Putin der Ukraine zu bieten hat. Allerdings ist ebenso klar, dass eine Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine nur dann erfolgen wird, wenn das Land die notwendigen Reformschritte unternommen hat. Die erforderlichen Reformen betreffen sowohl den Bereich der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als auch die grundlegenden Freiheitsrechte. Die Unterzeichnung des Abkommens hängt unmittel-

bar von der Einhaltung der demokratischen Prinzipien und Werte der EU ab. Hiermit verbunden ist auch der Umgang mit ehemaligen Regierungsmitgliedern. Die Verurteilung der früheren Premierministerin Julija Tymoschenko liefert ein klares Beispiel dafür, dass europäischen Normen und Standards, auf denen die Idee der Europäischen Union basiert, in der Ukraine nicht entsprochen wird.

Der Begriff der Krise ist vielleicht nicht das richtige Wort an dieser Stelle, aber ich denke, man kann davon sprechen, dass es auf ukrainischer Seite Probleme bei der Identifizierung mit diesen europäischen Normen und Werten gibt. Daher ist es nötig, dass einige Maßnahmen ergriffen werden, von denen ich vier als besonders wichtig bewerten würde. Hierzu gehört erstens, dass die Entfaltung der Zivilgesellschaft gefördert wird, insbesondere die Förderung unabhängiger Medien. Zweitens müssen wirtschaftliche Reformen vorangetrieben werden. Drittens sollte die Ukraine ernsthafte Schritte unternehmen, um sich von der im Lande grassierenden Korruption zu befreien. Und viertens empfiehlt es sich, eine Diversifizierung der ukrainischen Energiequellen vorzunehmen, hierzu gehört zum Beispiel die Förderung von Flüssiggas und Schiefergas.

Die Ukraine sollte nicht zu einem Anhängsel russischer Politik werden und darum ist es wichtig, die Türen der Europäischen Union offen zu lassen. Dies betrifft auch eine Mitgliedschaft der Ukraine in der EU, die zu gegebener Zeit dem Land angeboten werden sollte. In der aktuellen Situation ist dies sicherlich nicht die Hauptpriorität in den Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine, aber die Möglichkeit einer vollwertigen Mitgliedschaft sollte offen gelassen werden.“

Petro Poroschenko, ehemaliger Außenminister der Ukraine:

„Was mir an der aktuellen Debatte über Reformen in der Ukraine nicht gefällt, ist die Angst der Regierenden, dass die Reformen in der Bevölkerung nicht populär sein könnten. Ich bin jedoch davon überzeugt: Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffi-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UKRAINE

CHRISTINE ROSENBERGER

Januar 2012

www.kas.de/ukraine

zienz sind populär! Maßnahmen zur Bekämpfung von Korruption sind populäre Reformen! Maßnahmen zur Förderung europäischer Werte sind populäre Reformen! Im Gegenteil sind diejenigen nicht populär, die sich mit diesen Reformen nicht beschäftigen wollen. Es gibt keinen anderen Ausweg: Entweder übernehmen wir europäische Werte – und man kann sagen, dass das gesamte Abkommen ein Abkommen über Werte ist – oder wir übernehmen sie nicht, dann haben unsere Beamten, die so viel an diesem Abkommen gearbeitet haben, schlicht und ergreifend ihre Zeit verschwendet. Es handelt sich hierbei um eine zivilisatorische Entscheidung.



Mehr als 50 Prozent der ukrainischen Bevölkerung spricht sich heute für eine europäische Integration aus. So stark war die Befürwortung einer Annäherung an die EU noch nie und dies ist eine große Errungenschaft, die sehr gewürdigt werden muss. Die Menschen haben endlich verstanden, was europäische Werte sind und was europäische Integration bedeutet und sie haben diese Werte verinnerlicht. Die ukrainische Regierung kann hierüber nicht einfach hinwegsehen.

Viele Menschen in der Ukraine glauben, dass der Abschluss des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union bedeutet, dass der Weg zu einer vollwertigen Mitgliedschaft der Ukraine in der EU versperrt ist. Im Gegenteil ist das Abkommen ein Schritt zu einer Annäherung der Ukraine an die EU! Ebenso denken viele, dass die Öffnung des ukrainischen Markts für europäische Produkte im Rahmen der Freihandelszone die nationalen Produzenten benachteiligen wird. Ich kann als ukrainischer Produzent jedoch versichern, dass das Prinzip der freien Konkurrenz, die Einfuhr moderner Produktionstechniken und die Gewinnung ausländischer Investitionen zu einer Verbesserung des ukrainischen Geschäftsklimas und zu einer Erhö-

hung der Wettbewerbsfähigkeit ukrainischer Produkte beitragen wird.

Die ukrainische Gesellschaft benötigt genaue Informationen, wirtschaftliche Berechnungen und Aufstellungen über die Konsequenzen des Abkommens. Welche Folgen hat es für die ukrainischen Produzenten oder auch für die Veränderung des Lebensstandards? Solche Aufstellungen wurden bereits erstellt, und zwar von ukrainischen NGOs, der Deutschen Beratergruppe oder ukrainischen Instituten. Jedoch nicht von der ukrainischen Regierung. Dabei ist völlig klar, dass die ukrainische Gesellschaft Informationen über die Konsequenzen der einzelnen Schritte dringend nötig hat. Diese müssen verständlich und frei von propagandistischen Absichten sein, sondern klare wirtschaftliche Berechnungen aufzeigen. Zwei Jahre warten wir bereits darauf und haben bis heute noch keine entsprechenden Informationen erhalten.

Der wichtigste Aspekt für die weitere Zusammenarbeit mit der Europäischen Union sind nicht die Aspekte, die aktuell immer genannt werden. Es ist weder die Einstellung der Verfolgung von politischen Gegnern, noch die Durchführung freier und fairer Wahlen, noch die Erhöhung der Energieeffizienz oder der Kampf gegen Korruption. Der Schlüsselaspekt für die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union ist die Wiederherstellung des Vertrauens. Wir können nicht auf der einen Seite versprechen, einen Strafartikel zu dekriminalisieren und uns anschließend nicht daran halten. Wir können nicht auf der einen Seite versprechen, bestimmte Gesetze zu beschließen und auf der anderen Seite diese anschließend verändern oder gar nicht erst beschließen. Dies sind Schritte in die falsche Richtung. Nur wenn das Vertrauen in uns als Partner wiederhergestellt ist, können auch die anderen wichtigen Fragen, die für die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine wichtig sind – seien es die kommenden Wahlen, die Energieeffizienz oder der Kampf gegen die Korruption – gelöst werden.“

UKRAINE

CHRISTINE ROSENBERGER

Januar 2012

www.kas.de/ukraine

José Manuel Pinto Teixeira, Leiter der Delegation der Europäischen Union in der Ukraine:



„Die Ukraine steht im Moment an einem wichtigen Punkt. Sie sollte analysieren,

ob sie wirklich den richtigen Weg geht und ob ihre Ziele die richtigen sind. Wie die Europäische Union braucht auch die Ukraine eine starke Partnerschaft und das Assoziierungsabkommen wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung gewesen. Die hiesige Regierung unterstreicht stetig ihr

Interesse an der Europäischen Union und versichert ihre Zugehörigkeit zu den Werten der Europäischen Union, einschließlich der Achtung der Pressefreiheit und anderer wichtiger Freiheitsrechte. Auf der anderen Seite ist zu beobachten, dass die Reformen nicht den Erwartungen entsprechen und die innere Entwicklung der Ukraine keine bedeutenden Fortschritte macht. Nicht erst die Verhaftung Julija Tymoschenkos hat die Missstände offengelegt, die in der Ukraine herrschen. Der Prozess gegen sie erscheint politisch motiviert und ist nur ein äußerliches Zeichen für die tiefgreifenden Probleme der Ukraine. Wir sehen insbesondere die Schwierigkeiten bei der Einhaltung der Grundwerte.

Die wirtschaftliche Lage und das Investitionsklima der Ukraine befinden sich in einer ernstesten Krise. Knapp zwei Jahre nach der Wahl von Wiktor Janukowytsch zum Staatspräsidenten klafft eine Lücke zwischen den ursprünglich versprochenen Zielen des Präsidenten und seiner realen bisherigen Bilanz. Im wirtschaftlichen Bereich ist die Frage einer verbesserten Energiesicherheit für die Ukraine ein wichtiges Ziel, welches das Land mit Entschiedenheit verfolgen sollte, da dieses Thema für alle Wirtschaftssektoren von

enormer Bedeutung ist. Um größere Investitionen aus dem Ausland anziehen zu können, ist es ferner unabdingbar, die Transparenz in den Geschäftspraktiken zu erhöhen.

Mit Blick auf die Zukunft des Abkommens muss deutlich sein, dass es an der Ukraine liegt, ob der Vertrag erfolgreich abgeschlossen werden kann oder ob er scheitert. Gleiches gilt für einen potentiellen Beitritt des Landes in die Europäische Union. Die Ukraine kann Mitglied der europäischen Familie werden, jedoch muss zur Erreichung dieses Ziels noch viel getan werden. Hierzu gehört zuallererst, dass die Ukraine Teil der europäischen Wertegemeinschaft sein und dass sie über eine moderne demokratische Verfassung verfügen muss.

Das Jahr 2012 wird ein wichtiges Jahr für die Ukraine, da nicht nur die Kiewer Bürgermeisterwahl durchgeführt wird, sondern im Oktober auch die Parlamentswahlen anstehen. Zum ersten Mal wird die Parlamentswahl dem neuen Gesetz entsprechend nach dem gemischten Wahlsystem durchgeführt. Diese Wahl wird das Schicksal des ukrainischen Volkes entscheiden. Wir werden sehr genau beobachten, ob sie internationalen Standards entspricht, denn wir wollen sicherstellen, dass die nächste Werchowyna Rada sich der breiten Unterstützung der Bevölkerung sicher sein kann.

Die aktuelle Regierung hat die Dringlichkeit von Reformen nicht erkannt bzw. die notwendigen Maßnahmen nicht ergriffen. Wir hoffen deshalb, dass es 2012 zu Veränderungen kommen wird. So steht unter anderem noch eine Justizreform aus. Wir werden auch die nächste Regierung entsprechend ihrer Ergebnisse beurteilen und wir hoffen sehr, dass das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine doch noch unterzeichnet wird.“

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UKRAINE

CHRISTINE ROSENBERGER

Januar 2012

www.kas.de/ukraine

PANEL 1: DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER EU UND DER UKRAINE.

MODERIERT VON NICO LANGE

Michael Borg-Hansen, Botschafter Dänemarks in der Ukraine:



„ Im ersten Halbjahr dieses Jahres hat Dänemark die EU-Ratspräsidentschaft inne. Während dieser Zeit möchten wir in Brüssel Schwerpunkte in den Bereichen Handel und Erweiterung der EU setzen. Mit Blick auf die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine stehen wir aktuell an einem kritischen Punkt. Nach vielen Jahren der Gespräche über das

Assoziierungsabkommen befinden wir uns momentan in einer Phase des Stillstands und es ist wichtig, dass beide Partner den Ernst der Lage erkennen: Es handelt sich hierbei um eine bedeutende Krise, die viel Aufmerksamkeit erfordert.

Ich will nicht sagen, dass die Ukraine ihre Prioritäten verloren hat, aber sie droht einen wichtigen Partner zu verlieren. Es liegen viele Aufgaben vor uns und bedeutende Entscheidungen müssen getroffen werden. Falls das Abkommen nicht verwirklicht wird, falls es am Ende der Gespräche zu keinem Vertrag kommen sollte, wäre dies eine Niederlage für die Ukraine genauso wie für die EU. Präsident Janukowytsch und die ukrainische Regierung sollten sich bewusst machen, dass die grundlegenden europäischen Werte und Prinzipien in der Ukraine verwirklicht sein müssen, um aus der Zeit des Stillstands herausfinden. Leider hat die Unterzeichnung des Abkommens im Dezember nicht stattgefunden, ich hoffe, dass sie in diesem Frühjahr realisiert wird. Die Frage nach dem Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrags ist eine politische

Frage: Im Anschluss an die Unterzeichnung des Textes stünde dessen Ratifizierung in 27 europäischen Staaten, dies erfordert jedoch eine Veränderung im Inneren der Ukraine. Wir hoffen, die Ergebnisse dieser Veränderungen in der Ukraine bald sehen zu können.“

Yevgen Perelygin, Leiter der Abteilung für Europäische Integration in der Administration des Präsidenten der Ukraine:

„ Das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union umfasst rund 1800 Seiten, versehen mit technischen Fachbegriffen und mit Zahlen darüber, was beide Seiten vereinbart haben. Dies erfordert eine sorgfältige Prüfung aller Begrifflichkeiten. Für die Ukraine ist diese technische Arbeit daher ein schwieriger und zeitaufwendiger Prozess, noch schwieriger dürfte dieser Prozess jedoch für die Europäische Union sein, da sie sich bekanntlich aus 27 Staaten zusammensetzt. Am 19. Dezember haben wir die Gespräche über das Abkommen abgeschlossen, doch nun beginnt die technische Arbeit. Das letzte halbe Jahr war die intensivste Periode in der Verhand-



lungsphase, weil in dieser Zeit auch solche schwierigen Fragen wie Handelsfragen geklärt werden mussten. Wie viel Zeit die technische Arbeit nun noch in Anspruch nehmen wird, ist schwer vorauszusagen. Ich hoffe jedoch, dass die Verhandlungen bald zum Erfolg führen werden. Für

die ukrainische Seite kann ich sagen: Wir sind bereit!

Die derzeitigen Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine sind geprägt durch drei Faktoren: Erstens durch die innere Entwicklung innerhalb der EU. Hierzu gehört nicht nur die Wirtschafts- und Finanzkrise, son-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UKRAINE

CHRISTINE ROSENBERGER

Januar 2012

www.kas.de/ukraine

den auch institutionelle Probleme sowie die Schwierigkeit, gemeinsam klare konzeptionelle und strategische Entscheidungen zu fällen. Zweitens prägt auch die innere Entwicklung der Ukraine die Beziehungen zur Europäischen Union. In dieser Hinsicht müssen vor allem die Reformanstrengungen der Ukraine genannt werden und die Tatsache, dass in der Ukraine faktisch europäische Werte herrschen. Letztlich gehören zur inneren Entwicklung der Ukraine ebenso die Etappen, die das Land im Jahr 2012 noch erreichen wird. Als dritten Einflussfaktor auf die ukrainisch-europäischen Beziehungen können zudem auch globale Prozesse genannt werden. Hierzu zählen insbesondere Energiefragen, in deren Klärung nicht nur die EU und die Ukraine, sondern auch andere Länder involviert sind. Auch die globale Finanzkrise und die Entwicklung in anderen Regionen der Welt sind wichtige Aspekte, die für die Entwicklung der globalen Politik von Belang sind und daher die Aufmerksamkeit der EU erfordern.

Diese drei Faktoren beeinflussen die Geschwindigkeit des Integrationsprozesses, der sich zwischen der Ukraine und der EU abspielt. Wenn man alle diese Faktoren berücksichtigt, kann man erahnen, wie lange dieser Prozess noch dauern wird, da sich insgesamt 28 Staaten – 27 EU-Mitgliedsstaaten plus die Ukraine – für das Abkommen entscheiden müssen. Ich hoffe, dass dies so schnell wie möglich passieren wird.“

Borys Tarasyuk, Vorsitzender des Ausschusses für Europäische Integration des ukrainischen Parlaments:



„Für die Ukraine ist die europäische Integration eine zivilisatorische Wahl für den Staat, die politische Elite und die Nation. Was jedoch die Frage nach den europäischen Werten betrifft, so muss konstatiert werden, dass die Politik der aktuellen Regierung nicht auf europäischen Werten

fußt und dies große Probleme mit sich bringt. Die politisch motivierten Verhaftungen von Julija Tymoschenko und Jurij Luzenko sind Beispiele für Handlungsweisen der Regierung, die europäischen Werten und Standards widersprechen.

Fragt man sich, welche Art der Integration der Ukraine für die Europäische Union denkbar ist, so muss zunächst einmal festgestellt werden, dass die Ukraine für die EU einen geopolitischen Faktor darstellt. Einerseits möchte die EU die Ukraine integrieren, was nicht zuletzt auch an den wirtschaftlichen Interessen der EU liegt. Andererseits möchte sie jedoch ebenso die Demokratie in ihren unmittelbaren Nachbarländern gefestigt sehen. Russland hingegen ist es vor allem wichtig, dass es seine Dominanz in den Staaten der ehemaligen UdSSR und vor allem auf dem Gebiet der Ukraine aufrechterhalten möchte. Daher ist seine Position zu einer fortschreitenden Integration der Ukraine in die Europäische Union ablehnend.

Man kann sich fragen, was gewesen wäre, wenn die Europäische Union kurz nach dem Sieg der Demokratie in der Ukraine in der Zeit zwischen 2004 und 2008 dem Land eine Mitgliedschaft in der EU in Aussicht gestellt hätte? Die Ukraine wäre heute wohl ein völlig anderes Land mit einer völlig anderen Regierung. Leider ist dieser Fall jedoch nicht eingetreten und ich muss feststellen, dass es zu einer Abkühlung in den ukrainisch-europäischen Beziehungen gekommen ist. Der europäische Integrationskurs, der von den Vorgängerregierungen ab 2005 sehr aktiv verfolgt wurde, ist unter der aktuellen Regierung faktisch zum Erliegen gekommen. Die technische Frage der Paraphierung des Abkommens, die angesprochen wurde, ist seit dem 19. Dezember zu einer politischen Frage geworden. Die nicht durchgeführte Paraphierung des Abkommens war ein Zeichen der Uneinigkeit zwischen der Europäischen Union und der Ukraine. Ich bin dennoch zuversichtlich, dass dieser technische Prozess im Verlauf des ersten Quartals dieses Jahres abgeschlossen werden kann. Hinsichtlich der Unterzeichnung und anschließenden Ratifizierung des Abkommens habe ich jedoch große Zweifel, dass diese Schritte noch vor den Parlamentswahlen im Oktober

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UKRAINE

CHRISTINE ROSENBERGER

Januar 2012

www.kas.de/ukraine

dieses Jahres vollendet werden können. Alles wird davon abhängen, ob die Wahlen demokratisch und frei verlaufen werden oder ob alles daran gesetzt wird, die Wahlen zu fälschen, wie es beispielsweise 2004 geschehen ist. Die demokratischen Institutionen der Ukraine müssen alles unternehmen, damit es keine massenhaften Fälschungen bei den Wahlen geben wird. Es wird sich zeigen, ob die EU die Ukraine im Sinne der Demokratisierung beeinflussen kann. Die Parlamentswahlen müssen eine weitere Annäherung der Ukraine an die Europäische Union zeigen. Eine solche Entwicklung würde sich auch positiv auf die Ratifizierung des Abkommens auswirken.“

Kataryna Wolczuk, Stellvertretende Direktorin am Centre for Russian and East European Studies der Universität Birmingham

„Der Ursprung des Assoziierungsabkommens liegt auf der Hand: Nach der ukrainischen Unabhängigkeit strebte die Ukraine ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen an und sie begann sehr intensive Verhandlungen mit der EU zu führen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte es kein solches Abkommen gegeben und man kann sagen, dass diese Gespräche ein Musterbeispiel an Klarheit und Transparenz waren und schließlich zu einem gemeinsamen Vertrag führten. Wir wissen heute, dass die EU in der Ukraine faktisch zu einer Verbreitung der Demokratie beigetragen hat – eine Entwicklung, die letztlich den Weg für die Orange Revolution ebnete.“

Nach der Orangen Revolution wurde im Februar 2005 schließlich ein Aktionsplan zwischen der EU und der Ukraine unterzeichnet. Zu dieser Zeit war Julija Tymoschenko Ministerpräsidentin der Ukraine und nahm an den Verhandlungen teil. Momentan ist Frau Tymoschenko aufgrund anderer Entwicklungen in Europa bekannt, die innerhalb der EU sehr

genau beobachtet werden. Die Inhaftierung und Verurteilung der ehemaligen Ministerpräsidentin wird in Europa als Zeichen wahrgenommen. Die Werte, für die die EU steht und die die EU einfordert, sind in der Ukraine leider noch nicht umgesetzt. Die Symbolik der Situation in der Ukraine zeigt sich vor allem vor dem Hintergrund des Arabischen Frühlings. Die Europäische Union wird ihre Werte und Prinzipien nicht aufgeben, sondern sich im Gegenteil noch stärker für ihre Umsetzung einsetzen. Ohne die Achtung der europäischen Werte kann es keine engere Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Ukraine geben. Aus diesem Grunde sind die Aussichten auf einen baldigen Abschluss des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine trüb für den Fall, dass es nicht zu Veränderungen innerhalb der Ukraine kommt. Es besteht die Gefahr, dass die Ukraine in der Zeit zwischen 2012 und 2015 erst einmal nichts unternehmen und wichtige Reformprojekte hinauszögern wird.



Was die Fußball-Europameisterschaft betrifft, so kann ein missglückter Ablauf der EURO 2012 durchaus negative Auswirkungen auf die Gespräche zwischen EU und Ukraine mit sich bringen. Auch ein positives Auftreten der Ukraine während der EM kann allerdings ebenfalls zu Problemen für die Ukraine führen – und zwar dann, wenn die positive Eigendarstellung nach außen nicht mit realen Veränderungen im

Inneren des Landes einhergeht. Somit kann die EM in diesem Jahr eine wichtige Chance für die Ukraine bieten, sie kann jedoch auch negative Auswirkungen mit sich bringen, wenn die Regierung nichts weiter unternimmt, um eine Ratifizierung des Assoziierungsabkommens zu erreichen.“

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UKRAINE

CHRISTINE ROSENBERGER

Januar 2012

www.kas.de/ukraine

PANEL 2 – DAS ASSOZIIERUNGSABKOMMEN ZWISCHEN EU UND DER UKRAINE: PERSPEKTIVEN EINER ERFOLGREICHEN UMSETZUNG.

MODERIERT VON JANUSZ BUGAJSKI

Wsewolod Tschenzov, Direktor der Abteilung für die Europäische Union im Außenministerium der Ukraine:



„Die Verhandlungen zwischen der EU und der Ukraine haben klare Gemeinsamkeiten zwischen beiden Partnern gezeigt, ein gemeinsames Verständnis zwischen ihnen ist somit vorhanden. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine werden zunehmend komplexer und diese Entwicklung ist völlig angemessen. Um Mechanismen zur

Sicherstellung dieser komplexen Zusammenarbeit zu finden, müssen neue Gremien und Institutionen geschaffen werden. Es ist richtig und wichtig, dass die Ukraine den Prozess der Umsetzung des Abkommens mit Reformen flankieren muss.

Die Implementierung des Abkommens dauert im Grunde genommen schon seit dem Jahr 2009 an. Diese Umsetzung des Abkommens ist natürlich noch keine vollwertige Implementierung, denn wir arbeiten beispielsweise noch nicht innerhalb der im Vertragstext vorgesehenen Fristen. Dennoch kann man sagen, dass wir schon heute die Grundlagen für die spätere, aktivere und vollwertige Implementierung des Abkommens schaffen. In bestimmten Bereichen – dazu gehört unter anderem der Energiesektor und die Bereiche Justiz, Freiheit und Sicherheit – arbeiten wir sogar schon heute entsprechend der Maßstäbe, die im Rahmen des Abkommens vorgesehen sind. Teilweise trifft dies

auch auf die Bereiche Transport und Umwelt zu.“

Hannes Schreiber, Leiter der politischen Abteilung der Delegation der Europäischen Union in der Ukraine:

„Der Abschluss von Verhandlungen über solch ein ehrgeiziges Abkommen ist für sich genommen bereits eine große Herausforderung. Leider sind die Verhandlungen, die Unterzeichnung und die Ratifizierung des Abkommens nur die kleinsten Aufgaben. Die Umsetzung dieses Vertrags wird sich als die größere Aufgabe erweisen. Nach dem Scheitern der Paraphierung im vergangenen Dezember müssen nun Rechtsexperten den Text erneut überarbeiten, was einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Dies ist zwar ein technischer Prozess, jedoch spielen hierbei auch in gewisser Weise politische Aspekte eine Rolle. Wir rechnen kaum damit, dass es zu einer Ratifizierung des Abkommens vor einer Veränderung der politischen Situation durch die Parlamentswahlen 2012 kommen wird. In der Vergangenheit erlebte die EU bereits ähnliche Situationen mit Serbien, Russland und Weißrussland. Mit diesen Ländern gibt es ebenfalls Verträge mit der EU, die jedoch bislang nicht in Kraft getreten sind. Ich hoffe jedoch, dass das Abkommen mit der Ukraine schnellstmöglich in Kraft tre-



ten kann. Das Aushandeln der Rahmenbedingungen hat beinahe zwei Jahre gedauert und wenn der Vertrag nun nicht zustande kommen könnte, wäre dies äußerst schade. Am meisten würde ein Scheitern der Ukraine schaden und auch die Menschen, die an dem Vertrag gearbeitet

haben, würde ein Ausbleiben der Ratifizierung enttäuschen.

Mit Blick auf die Implementierung des Abkommens muss man zugeben, dass wir viel von der ukrainischen Regierung verlangen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UKRAINE

CHRISTINE ROSENBERGER

Januar 2012

www.kas.de/ukraine

Nach der Ratifizierung ist es vor allem die Umsetzung des Vertrags, der eine Schlüsselrolle zukommt. Die Implementierung des Assoziierungsabkommens wird langwierige und aufwendige Prozeduren erfordern. Von der ukrainischen Regierung werden deutliche Schritte erwartet und es wird rund zehn Jahre dauern, bis das Abkommen umgesetzt ist. Wobei ich denke, dass ein Zeitrahmen von zehn Jahren ein sehr ehrgeiziges Ziel ist. Falls das Abkommen rechtzeitig unterzeichnet wird, eröffnen sich für die Ukraine große Möglichkeiten und der Wirtschaft des Landes bieten sich durch den Zugang zu europäischen Märkten wichtige Impulse. Ich persönlich hoffe, dass es die politischen Gegebenheiten der Ukraine zulassen werden, das Abkommen zu ratifizieren.“

Igor Popow, Erster Stellvertretender Leiter des Amtes für öffentliche Verwaltung:

” Um die Arbeit am Assoziierungsabkommen auch nach seiner gescheiter-



ten Unterzeichnung weiterführen zu können, müssen wir auf unterschiedlichen Ebenen aktiv werden und die Koordinierung dieser verschiedenen Prozesse ist ein schwieriges Unterfangen. Aus institutioneller Sicht jedoch ist die ukrainische Gesetzgebung für die Unterzeichnung und Implementierung des Vertrags bereit.

Ganz unabhängig davon, wann das Abkommen ratifiziert wird, gibt es Bestrebungen, ukrainische Produkte auf den europäischen Markt zu bringen und sie dort zu verkaufen. Über Twinning-Projekte hat die Ukraine gelernt, sich in der Herstellung von bestimmten Produkten an europäischen Normen zu orientieren. Wenn ukrainische Handelsgüter europäischen Ansprüchen entsprechend hergestellt werden, erhalten sie eine Lizenz und können anschließend innerhalb der EU verkauft werden. Viele Institutionen arbeiten

bereits mit europäischen Experten zusammen und versuchen gemeinsam, europäische Standards in der Ukraine zu verbreiten.

Der Prozess der Unterzeichnung des Abkommens ist im Dezember zu einem Stillstand gekommen. Dies hat ausschließlich politische Ursachen. Die politischen Probleme der Ukraine sieht man vor allem im innenpolitischen Bereich, wie beispielsweise in der Verhaftung Julija Tymoschenkos. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, dass es in der Ukraine gewisse Leute gibt, die das Abkommen verhindern wollen und leider arbeiten diese Menschen momentan effektiver als die, die das Abkommen unter allen Umständen wollen. Es stellt sich die Frage, wie lange es noch dauern wird, das Abkommen zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Es wurde ein Zeithorizont von zwei Jahren genannt – es mag sein, dass der Prozess schneller abgeschlossen sein wird, es kann aber ebenso passieren, dass mehr Zeit benötigt wird. Ich hoffe jedoch nicht, dass es länger als fünf Jahre dauern wird, bis das Abkommen in Kraft treten kann.

Die europäischen Partner zeigen sich skeptisch gegenüber dem derzeitigen Kurs der Ukraine. Diese Tatsache kann nur durch einen Richtungs- oder Personalwechsel in der Politik geändert werden. Ebenso wie bei der Visumsfreiheit muss die Ukraine versuchen, mit ihren Partnern in Verhandlungen zu bleiben und schließlich einen Vertrag abzuschließen. Eine Alternative zur Annäherung an europäische Standards in der Ukraine gibt es nicht. Wenn europäische Standards in der Ukraine in dem Maße umgesetzt sind, dass sie zu ukrainischen Standards werden, sind wir auf einem guten Weg.“

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UKRAINE

CHRISTINE ROSENBERGER

Januar 2012

www.kas.de/ukraine



Oleksandr Suschko, Institut für Euroatlantische Zusammenarbeit:

„Was im Rahmen dieser Konferenz noch nicht ausreichend behandelt wurde, sind die öffentlichen Auswirkungen des Assoziierungsabkommens. Hier haben wir es mit einer paradoxen Situation zu tun, da die nicht zustande gekommene Unterzeichnung des Abkommens in der Öffentlichkeit viel präsenter ist als der Vertrag selbst. Wenn die Unterzeichnung nicht gescheitert wäre, gäbe es wohl ein viel geringeres Interesse am

Vertrag. Heute konstatieren wir jedoch ein großes Interesse an dem Vertrag – einem Vertrag, der noch nicht abgeschlossen ist, über den aber alle reden.

Positiv hieran ist, dass das allgemeine Interesse an diesem Abkommen gestiegen ist. Da die Diskussion über den Vertrag von kompetenten Menschen geführt wird, können wir der öffentlich geforderten Aufmerksamkeit entsprechen. Mit dieser Konferenz und auch mit Hilfe des Policy Papers, das in der Vorbereitung der Konferenz angefertigt wurde, gelingt ein Fachdialog über das Abkommen, so zum Beispiel darüber, was es leisten und was es nicht leisten kann.

Der Zustand, in dem wir uns momentan befinden, ist noch nicht zufriedenstellend. Ich möchte, dass die ukrainische Gesellschaft objektiver über den Vertrag diskutiert. Wir müssen die ukrainische Gesellschaft davon überzeugen, dass das Abkommen sich positiv auf die Ukraine auswirkt. Mit dieser Meinung haben wir es jedoch schwer, da auch Russland uns in einem Vertrag sehen will: Nämlich in einer gemeinsamen Zollunion zusammen mit Belarus und Kasachstan. Von der russischen Seite aus wird viel getan, um das Assoziie-

rungsabkommen zu diskreditieren. Wir müssen uns bewusst und schnell für das Assoziierungsabkommen mit der EU entscheiden.“

Viktoria Humenyuk, Zivilgesellschaftlicher Expertenbeirat zu den EU-Ukraine-Beziehungen:

„Ich möchte die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit einer effektiveren Nutzung ausländischer Finanzhilfen lenken, einschließlich der der Europäischen Union. Denn dieser Aspekt ist zweifellos eine wichtige Vorbereitung des Staatsapparates für die spätere Umsetzung des Assoziierungsabkommens. Und obwohl sich die Unterzeichnung des Abkommens und der sich anschließende Ratifizierungsprozess noch verzögern werden, sollten wir schon jetzt die Gelegenheit nutzen, uns der auf diesem Gebiet vorherrschenden Defizite anzunehmen. Auf den ersten Blick mag der Aspekt der effektiven Nutzung ausländischer Hilfen sehr spezifisch erscheinen, ich möchte dennoch hierauf eingehen, da zu diesem Themenkomplex einige wichtige systemische Aspekte gehören. Hierzu zählt zum einen die strategische Planung der Prioritäten für die Entwicklung des Landes, zum anderen auch die Transparenz in



den staatlichen Finanzen, die internationalen Standards entsprechen muss, damit das Land von ausländischen Hilfen profitieren kann. Letztlich gehört zu diesen systemischen Aspekten auch die Praxis staatlicher Auftragsvergabe.

Genau vor einem Jahr hat die Delegation der

Europäischen Union in der Ukraine Budgethilfen eingefroren, die für einige Sektorprogramme vorgesehen waren. Der Grund für das Einfrieren der Gelder war vor allem die Tatsache, dass die Ukraine den Normen der Europäischen Union im Umgang mit den Geldern nicht entsprochen hat. Hier entgegen der Ukraine wertvolle Möglichkeiten. Von 2007 bis 2013 waren im Rahmen des Europäischen Nachbarschafts- und Partner-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UKRAINE

CHRISTINE ROSENBERGER

Januar 2012

www.kas.de/ukraine

schaftsinstrument der Europäischen Union für die Ukraine ca. 960 Millionen Euro allein im Rahmen des Länderprogramms vorgesehen, von denen 70% für die Unterstützung von Sektorprogrammen gedacht waren. Mir liegen keine Informationen darüber vor, wie viele Programme eingefroren wurden, aber es ist klar, dass wir durch die Nichtentsprechung europäischer Normen im Umgang mit öffentlichen Geldern die Möglichkeit verlieren, uns zu verbessern.“

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UKRAINE

CHRISTINE ROSENBERGER

Januar 2012

www.kas.de/ukraine

**PANEL 3: ENERGIEGEMEINSCHAFT,
ENERGIEDIALOG UND ENERGIESI-
CHERHEIT**

**MODERIERT VON MYCHAILO HONT-
SCHAR**

**Slavtscho Neykow, Direktor des Sekretari-
ats der Energiegemeinschaft:**



„Die Mitgliedschaft in einer internationalen Organisation bringt eine ganze Reihe von Verpflichtungen mit sich und so hat sich auch die Ukraine mit ihrem Beitritt zur Europäischen Energiegemeinschaft im Februar 2011 dazu verpflichtet, eine Reihe von verschiedenen Aufgaben zu erfüllen. Das Sekretariat der Energiegemeinschaft muss nun beobachten, ob

die Ukraine sich an diese Verpflichtungen hält und entsprechende Gesetze umsetzt. Die Schritte, die von der Ukraine erwartet werden, sind nicht nur wichtig für die anderen Mitglieder der Energiegemeinschaft, sondern sie sind vor allem wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes selbst. Bislang hat die Ukraine zwar einige Verpflichtungen durch entsprechende Gesetze erfüllt. Allerdings in Bezug auf eine der wichtigsten Verpflichtungen, nämlich die Erreichung von Maßnahmen zur Reformierung des Energiemarkts, hat die Ukraine noch keine konkreten Schritte unternommen. Die Regelungen zum Energiemarkt sind, soweit ich sehe, erst noch im Entstehungsprozess und dies ist ein großes Problem.

Aus Sicht der Energiegemeinschaft spielt die Wirtschaft im Allgemeinen – und ganz besonders im Falle der Ukraine – eine wichtige Rolle. Für uns ist die Wirtschaft der Motor, der letztlich dafür sorgt, dass die Regelungen der Energiegemeinschaft in den einzelnen Staaten umgesetzt werden. Wenn Unternehmen in einem Land investieren, das Mitglied der Energiegemeinschaft ist, das aber die Regelungen der Gemeinschaft nicht

umgesetzt hat, kann es dazu führen, dass die Unternehmen gegen dieses Land eine Beschwerde einlegen. Es ist in der Vergangenheit bereits vorgefallen, dass ein Mitgliedsstaat seine Gesetzgebung im Energiesektor auf Druck von Wirtschaftsakteuren an die Normen der Energiegemeinschaft anpassen musste. Und ich möchte deutlich darauf hinweisen, dass uns bereits mitgeteilt wurde, dass es in der Zukunft Probleme mit der Ukraine geben könnte. Es ist durchaus denkbar, dass ein Unternehmen – sei es ein ukrainisches, russisches oder sonstiges Unternehmen – den Gerichtshof anrufen wird, um strittige Fragen zu klären. Es wird damit deutlich, dass die Wirtschaft ein sehr wichtiger Partner ist, der Anreize für die Mitgliedsländer schafft, um die Marktregeln der Gemeinschaft umzusetzen.

Der Beitritt in einen internationalen Club wie die Europäische Energiegemeinschaft bietet der Ukraine einerseits eine riesige Chance, gleichzeitig zieht er jedoch auch viele Verpflichtungen nach sich, an die sich das Land halten muss. Es erfordert Reformen, es erfordert Veränderungen in der Gesetzgebung des Landes und es erfordert Veränderungen von inneren administrativen Abläufen. Wir denken, dass diese Prozesse in der Ukraine erfolgreich verlaufen können, wenn alle Beteiligten gemeinsam daran arbeiten.“

**Oleksandr Chalyi, Präsident des Grant
Thornton Ukraine:**

„Der Beitritt der Ukraine zur Energiegemeinschaft ist in meinen Augen einer der größten energiepolitisch-diplomatischen Erfolge der Ukraine innerhalb der letzten Jahre. Durch ihre Mitgliedschaft in der Energiegemeinschaft ist die Ukraine im Bereich der Energiepolitik de facto und sogar de jure ein Mitglied der Europäischen Union. Ich bin vollkommen überzeugt, dass sich durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Energiegemeinschaft der Weg hin zu einer vollwertigen und nicht nur auf den Energiesektor beschränkten Integration der Ukraine in die Europäische Union eröffnet. Denn der Energiesektor kann als Herz der europäischen Wirtschaft bezeichnet werden. Wenn

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UKRAINE

CHRISTINE ROSENBERGER

Januar 2012

www.kas.de/ukraine

die Ukraine sich also vollständig in den Bereich der Energiewirtschaft der Europäischen Union integriert, so wird dies ein kolossaler Erfolg für das Land sein und wir werden dann über alle nötigen Instrumente verfügen, um die ukrainisch-europäische Wirtschaftskooperation auch in anderen Sektoren voranzutreiben.



Es bestehen jedoch zum jetzigen Zeitpunkt auf der ukrainischen Seite einige Probleme in Bezug auf die Beziehungen zwischen der Ukraine und der Europäischen Energiegemeinschaft. Erstens muss die Ukraine die auf sich genommenen Verpflichtungen in angemessener Weise umsetzen. Und leider kann man schon heute beobachten, dass wir hinsichtlich der Umsetzung dieser Verpflichtungen im

Rückstand sind. Das zweite Problem unserer Mitgliedschaft in der Energiegemeinschaft besteht darin, wie wir unseren strategischen Dialog mit der Russischen Föderation im Energiebereich organisieren. Ich bin der Überzeugung, dass bislang wenige verstanden haben, dass das grundlegende Problem weder die Höhe der Gaspreise ist, die aktuell von der ukrainischen Regierung mit Russland ausgehandelt werden, noch die Frage, in wessen Eigentum sich das ukrainische Gastransportsystem in der Zukunft befinden wird. Für die Russische Föderation liegt das Kernproblem in der Frage, an welchen Standards und Normen wir uns in der Zukunft orientieren werden, unabhängig davon, wem das Gastransportsystem auch gehören wird. Die Russische Föderation möchte, dass die Ukraine aus der Energiegemeinschaft austritt und dieser Austritt wäre der Preis, den wir für eine Senkung der Gaspreise zahlen müssten.“

Oleksiy Leschtschenko, Vizepräsident des Gorshenin Instituts:

„Es ist allen bekannt, dass die Ukraine in großem Maße vom Import von Erdgas und anderen Energieträgern aus Russland abhängt. Während der ganzen Jahre der ukrainischen Unabhängigkeit wurde bislang noch keine Lösung für eine verbesserte Energiesicherheit gefunden. Faktisch hängen wir von einem Monopolisten ab, der etwa 60 Prozent der Energieträger in die Ukraine liefert. Diese Tatsache ist umso schwerwiegender, da beinahe alle Bereiche der wettbewerbsfähigen Industrie der Ukraine in hohem Maße von Gas und anderen Energieträgern abhängen. Hierzu gehört unter anderem die chemische Industrie, die in bedeutendem Maße auf den Energieimport aus Russland angewiesen ist. Viele Experten sprechen mit Blick auf die Energiebeziehungen zwischen Russland und der Ukraine von einer gegenseitigen Abhängigkeit. In der Tat kann man konstatieren, dass die Energieimporte 17 Prozent der gesamten ukrainischen Importe ausmachen und gleichzeitig 29 Prozent der Gesamtimporte der Ukraine aus Russland darstellen. Der jährliche Gesamtverbrauch an Gas liegt in der Ukraine zwischen 55 und 60 Milliarden Kubikmetern, wobei mit rund 35 Milliarden Kubikmetern



mehr als die Hälfte des Gasbedarfs importiert wird. Die Ukraine ist der größte Konsument russischen Erdgases in Europa und rund 25 Prozent der gesamten Gasexporte von Gazprom in Richtung Europa werden von der

Ukraine konsumiert. Vor der Inbetriebnahme der Nord Stream Pipeline wurden drei Viertel des aus Russland und Zentralasien nach Europa exportierten Gases über ukrainisches Territorium geleitet. Hinzu kommt noch, dass wir für das russische Gas europäische Preise zahlen und zudem die geringsten Transitgebühren in ganz Europa erheben.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UKRAINE

CHRISTINE ROSENBERGER

Januar 2012

www.kas.de/ukraine

Diese Zahlen zeigen deutlich die tiefe gegenseitige Abhängigkeit zwischen Russland und der Ukraine und es wird klar, dass Russland die Ukraine als seinen wichtigsten europäischen Konsumenten auf keinen Fall loslassen wird.

Ein weiterer wichtiger Faktor, der Einfluss auf die Energiesicherheit der Ukraine ausübt, ist der große Energieverbrauch im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. Die Ukraine ist der zehntgrößte Gaskonsument der Welt, während das Land von seiner Wirtschaftskraft her gesehen lediglich den 30. Platz einnimmt. Wir konsumieren ebenso viel Gas wie die Tschechische Republik, Polen, Ungarn und die Slowakische Republik zusammen. Die Energieintensität der ukrainischen Wirtschaftsleistung ist mit 40 Prozent mehr als doppelt so hoch wie der Weltdurchschnitt (19 Prozent) oder der europäische Durchschnitt (17 Prozent).

Wodurch könnte die Energiesicherheit der Ukraine verbessert werden? Zunächst einmal ist es unumgänglich die eigene Gasproduktion zu erhöhen. Zu Zeiten der Sowjetunion erreichte die ukrainische Gasproduktion ihren Höhepunkt mit 68,7 Milliarden Kubikmetern im Jahre 1975. Dies entspricht heute ungefähr der Menge, die wir jährlich verbrauchen. Die Menge der Gasproduktion wurde jedoch weit zurückgeschraubt, was unter anderem mit der Verschlechterung des Investitionsklimas und der zunehmend stärker werdenden Intransparenz im Energiesektor zusammenhängt. Auch die Förderung von Schiefergas ist ein wichtiger Faktor, der zu einer Erhöhung der ukrainischen Energiesicherheit beitragen kann. Gleiches gilt für Flüssiggas, für dessen Verschiffung in Odessa momentan ein Terminal gebaut wird. Über die Notwendigkeit der Erhöhung der Energieeffizienz im Lande wird zwar viel gesprochen, jedoch gibt es leider bislang wenig Bewegung in dieser wichtigen Frage. Zwei nicht weniger bedeutende Faktoren sind einerseits die Schaffung eines günstigen Investitionsklimas im Energiesektor und andererseits die Bekämpfung der Intransparenz und der Korruption inner-

halb dieses Sektors. Zur Erhöhung der ukrainischen Energiesicherheit existieren somit verschiedene Ansatzpunkte, deren Berücksichtigung in der langen Frist eine verbesserte Energiesicherheit im Lande zur Folge haben könnte.“

Jonas Grätz, Wissenschaftler am Zentrum für Sicherheitsstudien der ETH Zürich:

” In dieser schwierigen Zeit – für die Ukraine ebenso wie für die EU – denke ich, dass es nicht viele Möglichkeiten gibt, um die Energiesicherheit der Ukraine zu gewährleisten. Das Land muss sich entscheiden: Möchte es sich eher der EU anschließen? Möchte es sich Putins Eurasischer Union anschließen? Oder zieht das Land es vor, in seiner jetzigen Position zu verbleiben? Es besteht kein Zweifel, dass die Ukraine nun eine Wahl treffen und eine Strategie beschließen muss, wie sie sich in der Zukunft verhalten möchte.

Die Ukraine hat eine Reihe von Vorzügen mit Blick auf seine Energieinfrastruktur. Das Land besitzt große Gaslagerstätten in der



Nähe der Grenze zur EU mit Lagerkapazitäten von bis zu 34 Milliarden Kubikmeter. Zum Vergleich: Die Lagerkapazitäten aller EU-Länder zusammengenommen entsprechen 76 Milliarden Kubikmeter. Zusammengenommen würde die Ukraine also rund ein

Drittel zu den gemeinsamen Gaslagerkapazitäten beitragen. Hinzu kommt noch, dass die Ukraine direkten Zugang zum europäischen Gasmarkt hat, die EU-Länder als Gasverbraucher und somit potentielle Kunden für die Ukraine also erreichbar sind. Ein dritter Vorzug ist das ukrainische Gastransitsystem mit einer Kapazität von rund 270 Milliarden Kubikmetern. Allerdings erfordert das

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UKRAINE

CHRISTINE ROSENBERGER

Januar 2012

www.kas.de/ukraine

Gaspipelinesystem dringend Investitionen in seine Modernisierung.

Die zwei wichtigsten Interessen der Ukraine im Energiesektor sind zum einen die eigene Energiesicherheit zu erhöhen und zum anderen das Gastransportsystem und die Gaslagerstätten auch in der Zukunft nutzbringend einzusetzen. Zur Realisierung dieser Ziele können nur entschiedene Schritte beitragen. Die ukrainische Regierung sollte erkennen, dass eine Verringerung des Gaspreises durch Verhandlungen mit Russland nicht zielführend sein wird. Stattdessen ist es aussichtsreicher, innerhalb bestehender Verträge zu arbeiten. Die Ukraine sollte sich des Weiteren auf ihre Möglichkeiten der Gaslagerung besinnen und auf vorhandenen Vorzügen aufbauen. Zu den weiteren Schritten, die zur Gewährleistung der ukrainischen Energiesicherheit beitragen können, zählt die Verringerung des eigenen Gasverbrauchs durch Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz ebenso wie die Anziehung von Investitionen in die heimische Gasproduktion. Nicht zuletzt wird auch die Verbesserung der ukrainischen Lobbyfähigkeiten in Brüssel und in den wichtigsten EU-Hauptstädten dazu beitragen, dass ukrainische Interessen in Europa mehr Gehör finden.“